„Das Ziel sofort angreifen“

Der deutsche Oberst soll US-Bomber bedrängt haben, die Tanklaster zu bombardieren

Die Bundeswehr hat einem Bericht zufolge anders als die US-Piloten einen sofortigen Luftangriff auf die beiden entführten Tanklaster Anfang September in Kundus verlangt. Die Besatzung des Jagdbombers dagegen habe mehrfach Tiefflüge statt des Angriffs vorgeschlagen, berichtete das Magazin Spiegel unter Berufung auf Auszüge aus dem Nato-Abschlussbericht. Es habe zwischen den Piloten und dem deutschen Fliegerleitoffizier während des Einsatzes auch Streit darüber gegeben, wie viele Bomben abgeworfen werden sollten.

Laut Spiegel zeigen Auszüge des Funkverkehrs zwischen dem US-Piloten und dem Fliegerleitoffizier, dass die Besatzung des F-15-Jagdbombers nicht nur ein- oder zweimal Tiefflüge vorgeschlagen habe, sondern fünfmal. Der deutsche Offizier habe geantwortet: „Negativ. Das Ziel soll sofort angegriffen werden.“ Ein US-Kommandeur habe bei seiner Vernehmung berichtet, der Fliegerleitoffizier habe sechs Bomben gefordert. Die Besatzung des Jagdbombers habe dagegen zwei für ausreichend gehalten. In einem früheren Bericht hieß es dagegen, die US-Piloten hätten stärkere Bomben einsetzen wollen.

Bei dem Bombardement wurden einem geheimen Nato-Bericht zufolge bis zu 142 Menschen getötet. Umstritten ist, wie viele zivile Opfer es gab und wann die Spitze des Verteidigungsministeriums darüber informiert war.

Der frühere Ressortchef Franz Josef Jung (CDU) war wegen der Verheimlichung von Informationen in seinem damaligen Ministerium als Arbeitsminister zurückgetreten. Die zeitlichen Abläufe und Informationspannen soll nun ein Untersuchungsausschuss klären.

Der frühere Außenminister Frank-Walter Steinmeier schloss nicht aus, dass auch dem Auswärtigen Amt Informationen über den Luftangriff vorenthalten wurden. Dies müsse der Untersuchungsausschuss genauso klären wie die Frage, „was das Kanzleramt wann wusste“, sagte der SPD-Politiker der Welt am Sonntag. Dem Auswärtigen Amt sei der Feldjägerbericht zum Hergang des Angriffs erst am 27. November zugestellt worden, berichtete Steinmeier.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) drang in der Welt am Sonntag darauf, Steinmeier im Untersuchungsausschuss zu hören. „Die SPD steht ja auf dem Standpunkt, der Minister habe eine Hol-Schuld. Also möchte ich gern wissen, welche Informationen sich der Außenminister besorgt hat.“

Nach dem Willen aller Fraktionen im Bundestag soll der Verteidigungsausschuss in einen Untersuchungsausschuss umgewandelt werden und die Abläufe nach dem von der Bundeswehr angeforderten Nato-Luftangriff auf die beiden von Taliban entführten Tanklaster aufklären. Allerdings tagt der Verteidigungsausschuss – anders als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss – nicht öffentlich. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hatte am Donnerstag seine Bewertung des Luftangriffs korrigiert und das Bombardement im Gegensatz zu früher als „militärisch nicht angemessen“ bezeichnet. rtr/dpa

Techniker wartet einen F-15-Bomber in Afghanistan. GETTY

TÜRKEI LEHNT AB

Das Nato-Mitglied Türkei hat der Forderung von US-Präsident Barack Obama eine Absage erteilt, weitere Soldaten nach Afghanistan zu schicken. „Die Zahl unserer Soldaten hat die nützliche Grenze erreicht“, sagte Premier Recep Tayyip Erdogan am Sonntag vor seinem Abflug in die USA. Dort soll er am heutigen Montag Obama treffen. Die Türkei hat 1750 Soldaten in Afghanistan.

Die Türkei widmet sich bisher vor allem der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte und dem Wiederaufbau der Infrastruktur. Das Land unterhält die zweitgrößte Armee der Nato. afp

Friedensbewegung will Massen mobilisieren

Bundesweiter Ratschlag in Kassel plant Großdemo gegen Truppenaufstockung in Afghanistan

Von Katja Schmidt

KASSEL. „Truppen raus aus Afghanistan“ verlangt am Sonntag das Banner über dem Eingang zur Kasseler Ingenieurschule. Hier tagt der Bundesausschuss Friedensratschlag – zugleich wissenschaftliche Konferenz und Aktivisten-Vernetzung. Das Uni-Gebäude hat lange Tradition als Tagungsort der Friedensbewegung.

Drinnen tagen Plena und Arbeitsgruppen. Das Oberthema lautet „Kapitalismus, Krise und Krieg – den Kreislauf durchbrechen!“ Wer gerade nicht diskutiert, kann sich am Büchertisch mit Hintergrundanalysen eindecken – oder mit Kampagnen-Material von T-Shirts bis „Kein Blut für Öl“-Aufkleber.

Die Veranstalter schätzen die Teilnehmerzahl auf 250 bis 300. Seit dem Irak-Krieg halte sich dieses Niveau, sagt Ratschlag-Sprecher Peter Strutynski. Doch in Kassel ist der Wunsch überdeutlich, mehr Menschen zu erreichen, Massen zu mobilisieren.

Traute Sander ist aus Dortmund angereist, gehört dort zur Ostermarsch-Bewegung. Sie glaubt, dass der Krieg in Afghanistan – „jetzt wird der ja auch so genannt“ – bald mehr Bürger aufrüttelt. Wenn auch Deutschland seine Truppen aufstocke, seien mehr Menschen direkt betroffen. Silvia Gingold aus Kassel betont, Truppen zu schicken, um Krieg zu beenden, sei widersinnig: „Mit kriegerischen Mitteln ist das Problem einfach nicht zu lösen.“

Dass die Bundesregierung mehr Soldaten an den Hindukusch schicken will, halten wohl die meisten Ratschlag-Teilnehmer für ausgemacht. Offiziell will Berlin vor der Londoner Afghanistan-Konferenz Anfang 2010 nichts beschließen. In Kassel hebt die große Plenums-Mehrheit die Hand, als Lühr Henken vom Podium aus nach Zustimmung für eine bundesweite Demo am Tag der Bundestagsabstimmung fragt. Gegenstimmen gibt es nicht. Wohl aber Debatten, wie für die Aktion mobilisiert werden kann und soll.

„Frieden braucht Zaster“

„Krise und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille“ betont Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) auf dem Podium. Man müsse die Zusammenhänge zwischen Sozialabbau und Repression im Inneren, Abschottung gegen Flüchtlinge und Aggression nach außen deutlicher machen: „Wir haben relativ heftige Aufgaben vor uns – ich wünsche uns viel Spaß dabei.“

Für die Beiträge aus dem Plenum stellen sich viele grauhaarige Männer an – aber nicht nur sie. Auch eher jugendliche Menschen sprechen. Einer regt an, die Friedensbewegung solle stärker mit Jüngeren in ganz Europa zusammenarbeiten. Und sie solle überlegen, die Herrschenden mit eigenen Mitteln zu schlagen – ihre Expertise mit modernen PR-Methoden unter die Leute bringen.

Der Friedensratschlag allerdings muss sich nächstes Jahr auch selbst neu aufstellen. Peter Strutynski geht als Wissenschaftler der Kasseler Uni in Ruhestand. Neue Organisatoren müssen die Tagung verantworten. Man kriege das hin, sagt Strutynski und wirbt – erstmals – um Spenden für die Ratschlags-Arbeit. Der Aufruf dazu ist überschrieben „Frieden braucht Visionen“. Strutynski sagt: „Frieden braucht Zaster.“

DEUTSCHLAND

Imam will neues Islam-Zentrum in München

In München soll neben der Moschee am Gotzinger Platz ein weiteres islamisches Zentrum entstehen. Wie der Focus vorab berichtete, beabsichtigt der Imam der Moschee im oberbayerischen Penzberg, Benjamin Idriz, mit Hilfe arabischer Geldgeber ein „Zentrum für Islam in Europa-München“ zu verwirklichen. Bei den Münchener Stadtratsfraktionen warb er seinen Angaben zufolge bereits für das Projekt. Vor dem Verwaltungsgericht kämpft Idriz derzeit darum, dass seine Gemeinde aus dem bayerischen Verfassungsschutzbericht gestrichen wird. Dort heiße es, 2003/2004 sei sie auf den Mitgliedslisten von Milli Görüs aufgetaucht, einem vom Verfassungsschutz beobachteten Moscheeverband. ddp

ANZEIGE

FrankfurterRundschau
Neues Lesen. Weiter denken.

Morgen in Ihrer FR:

Literatur-Rundschau

Aktuelle Büchertipps zum Verschenken oder selbst lesen.

16 Seiten Sonderbeilage

Informationen zu unseren Sonderveröffentlichungen erhalten Sie gerne unter

Tel. 069 / 2199 - 3372

Westerwelle will Nooke loswerden

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) will den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke (CDU), ablösen. In Berliner Regierungskreisen wurde eine entsprechende Spiegel-Meldung bestätigt. Danach hat Westerwelle Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) über seine Absicht informiert, einen FDP-Politiker auf den im Auswärtigen Amt angesiedelten Posten zu berufen. Der frühere DDR-Bürgerrechtler Nooke soll aber im Amt bleiben, bis eine vergleichbare Aufgabe für ihn gefunden sei. In der großen Koalition hatte er wiederholt Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) etwa wegen dessen China- und Russland-Politik kritisiert. dpa

Ermittlungen gegen Bonner Ex-OB Dieckmann

Staatsanwälte ermitteln gegen die frühere Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann wegen Untreue-Verdachts. Hintergrund ist laut Medienberichten der Finanzskandal um das Bonner Kongresszentrum. Ihr Verteidiger sagte, er sei zuversichtlich, den Vorwurf gegen die SPD-Politikerin schnell „aus der Welt schaffen zu können“. Der Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe wird angeblich vorgeworfen, von der finanziellen Schieflage des Investors gewusst und trotzdem weitere millionenschwere Verträge abgeschlossen zu haben. dpa